

Medieninformation

Sächsisches Staatsministerium der Justiz

Ihr Ansprechpartner
Dr. Alexander Melzer

Durchwahl
Telefon +49 351 564 15011
Telefax +49 351 564 16189

presse@
smj.justiz.sachsen.de*

17.05.2023

»Ein wichtiger Tag, um auf die anhaltende Diskriminierung von LGBTIQ*-Personen aufmerksam zu machen«

Anlässlich des heutigen Internationale Tages gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie (IDAHOBIT) hisst das SMJusDEG die Regenbogenflagge vor dem Haus.

Am heutigen 17. Mai ist der Internationale Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie (IDAHOBIT). Das Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung (SMJusDEG) nimmt den Tag zum Anlass, um auf die besondere Verantwortung von Behörden und öffentlichen Einrichtungen hinzuweisen, Diskriminierung und Ausgrenzung aktiv entgegenzutreten. Symbolisch hisst das SMJusDEG an diesem Tag die Regenbogenflagge vor dem Haus.

Der IDAHOBIT geht zurück auf den 17. Mai 1990. An diesem Tag beschloss die Weltgesundheitsorganisation (WHO), Homosexualität aus dem Diagnoseschlüssel für Krankheiten zu streichen. Seitdem steht dieses Datum jährlich, um auf die Diskriminierung und Gewalt gegenüber Lsbtiq* Personen aufmerksam zu machen und für deren Rechte einzustehen.

»Der IDAHOBIT ist ein wichtiger Tag, um auf die anhaltende Diskriminierung von LGBTIQ*-Personen aufmerksam zu machen. Wir müssen uns alle zusammen für eine Gesellschaft einsetzen, in der alle Menschen frei von Diskriminierung und Ausgrenzung leben können. Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt sind integrale Bestandteile unserer demokratischen Gesellschaft – und deshalb ist der weitere Abbau von Diskriminierung gegenüber lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen sowie queeren Personen und eine stärkere Berücksichtigung ihrer Lebenslagen eine Aufgabe, der wir uns stellen müssen. Aus diesem Grund arbeiten wir gerade intensiv an einer Fortschreibung des Landesaktionsplans zur Akzeptanz der Vielfalt von Lebensentwürfen. Das Ergebnis ist ein Gewinn für die gesamte Gesellschaft, denn im Endeffekt geht es darum, gleiches Recht für alle Menschen

Hausanschrift:
**Sächsisches Staatsministerium
der Justiz**
Hansastraße 4
01097 Dresden

www.justiz.sachsen.de/smj

* Kein Zugang für verschlüsselte elektronische Dokumente. Zugang für qualifiziert elektronisch signierte Dokumente nur unter den auf www.lsf.sachsen.de/eSignatur.html vermerkten Voraussetzungen.

herzustellen«, sagt **Gleichstellungsministerin Katja Meier**. »Wir stehen für Solidarität und für eine Gesellschaft ein, in der alle Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht und ihrer sexuellen Orientierung respektiert und akzeptiert werden – nicht nur am heutigen IDAHOBIT.«

Sachsens Antidiskriminierungsbeauftragte, **Dr. Andrea Blumtritt** wird heute um 17 Uhr teilnehmen, wenn die Stadt Dresden zu Ehren der dänischen Künstlerin Lili Elbe eine Straße nach ihr benennt und diese feierlich einweiht. Zugleich wird eine »frauenorte sachsen«-Gedenktafel an die Malerin und Transgender-Pionierin erinnern.

In den vergangenen Jahren hat das SMJusDEG bereits einige Maßnahmen ergriffen, um Diskriminierung von Lsbtiq* Personen entgegenzuwirken. So wurde im vergangenen Jahr die Studie »Lebenslagen von Lsbtiq* Personen in Sachsen« veröffentlicht. Die Studie erforscht erstmals spezifisch für Sachsen die Lebenslagen von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans*geschlechtlichen, intergeschlechtlichen, nicht-binären und queeren (Lsbtiq*) Menschen und erhebt methodisch breit sowie inhaltlich tiefgehend Daten zu deren Erfahrungen in unterschiedlichen Lebensbereichen. Lsbtiq*-Personen sowie Expertinnen und Experten aus den Lebensbereichen wurden befragt. Die Schaffung einer neuen Ansprechperson für Lsbtiq*-Personen bei der Staatsanwaltschaft Leipzig war ein weiterer wichtiger Schritt. Ihre Aufgabe ist es, die gegenseitige Wahrnehmung von Strafverfolgungsbehörden und Lsbtiq*-Menschen zu fördern und auf allen Seiten Vertrauen aufzubauen. Betroffenen von Diskriminierung soll es so in Zukunft leichter fallen, Anzeige zu erstatten.

Außerdem wird, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, der Landesaktionsplan für den Bereich geschlechtliche und sexuelle Vielfalt fortgeschrieben. Nach einem umfassenden Beteiligungsprozess wird nun der Entwurf für den zweiten Landesaktionsplan erarbeitet. Dieser wird, aufbauend auf den Fortschritten der letzten Jahre, Maßnahmen bündeln, die Diskriminierung von Lsbtiq* Personen in Sachsen weiter abbauen und die Wertschätzung von Vielfalt in unserer Gesellschaft stärken sollen.